„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

Organ der deutschsprechenden Canadier

18. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 29. April 1925 | 12 Seiten | Nummer 25

Aus dem canadischen Parlament

Immer noch Budget-Debatte — Aber keine Sensation.

Ottawa. — Der Redestrom im Unterhause in Ottawa plätschert unaufhörlich weiter. Im Mittelpunkte steht immer noch die Stellungnahme zum Finanzbericht und Voranschlag der Regierung. Darüber wird ein Tag nach dem anderen debattiert, ohne daß irgendeine große „Sensation" zum Vorschein kommt. Die Canadier nehmen die Diskussionen ihrer Parlamentarier, auf Deutsch Volksvertreter, mit dem bei ihnen üblichen Gleichmut hin. Wohl die wenigsten unterziehen sich der Mühe, den Zeitungsberichten darüber auch nur eine oberflächliche Beachtung zu schenken. Sie verdammen — das können wir ihnen verdenken — auch fürwahr nichts dabei. Höchstens erwacht ein klein wenig das Interesse, wenn ein Abgeordneter aus der eigenen Provinz wie der Progressive C. W. Stewart, Humboldt, erklärt, daß er nicht daran denke, den Voranschlag der Regierung zu unterstützen, weil er die Steuerpolitik derselben nicht billige, daß er aber auch zugleich gegen den konservativen Oppositionsantrag stimme, weil sich dahinter nur der Wunsch nach erhöhtem Zolltarif verstecke. Herr Stewart stellt sich also zu gleicher Zeit gegen die Regierung und gegen die konservative Opposition, weil es von keiner Seite recht machen kann. Doch das wird an der zu erwartenden Abstimmung, die schon einige Mal angekündigt wurde, wenig ändern, wenn die übrigen Progressiven in der Arbeit mit der Regierung gehen, was aber noch nicht ganz sicher sein soll.

Das einzige Vernünftige, was man bisher aus dem Hohen Hause erfahren hat, ist, daß man in Erwägungen darüber eingetreten ist, ob man nicht die Redezeit der Abgeordneten auf eine Stunde beschränken sollte. Noch besser wäre es, wenn man überhaupt nur 15 oder 10 Minuten einräumen würde, weil dann wenigstens die Lungenkraft der Abgeordneten für den angeblich bevorstehenden Dominionwahlkampf aufgespart würde.

Um die Regulierung des St. Lorenz-Stromes

Canadisch-amerikanische Verständigung.

Ottawa. — In Washington und Ottawa erfolgte gleichzeitig die amtliche Mitteilung, daß die Regierungen der Ver. Staaten und Canada sich über die Instruktionen endgültig geeinigt haben, welche der mit der Anlage der Vertiefung des St. Lawrence-Stroms zu betrauenden gemeinsamen Ingenieur-Kommission beider Länder zu erteilen sind. Ueber eine Bestimmung dieser Instruktionen, die streitig war, waren mehr als einjährige Unterhandlungen im Gange, nachdem der erste Entwurf dieser von den Ingenieuren im Juni 1924 fertiggestellten Instruktionen sonst durchweg gutgeheißen worden war. Die Instruktion, an welcher die Washingtoner Regierung Anstoß nahm, war die, daß die Kommission auch über Ableitung von 5000 bis 10,000 Kubikfuß Wasser in der Sekunde aus dem Michigan-See bei Chicago nach dem St. Lawrence, um dem Strom größere Wasserkraft zu zuführen, Bericht erstatten sollte.

Die Veröffentlichung der diplomatischen Korrespondenz in der Angelegenheit läßt ersehen, daß ein Kompromiß abgeschlossen wurde. Der Passus der Instruktionen lautet jetzt dahin, daß die Kommission die Wirkung studieren soll, welche sich in den Niveaus der großen Seen und des Stromes ergeben würde bei Ableitungen, welche die eine und die andere der beiden Regierungen durch Erlaubnisscheine sanktionieren möchte. — Der amerikanische Handelssekretär Hoover nannte den Abschluß der Verhandlungen einen großen Schritt vorwärts zur Lösung der Regulierung des St. Lawrence-Stroms. Er stellte in Aussicht, daß binnen Jahresfrist die technischen Vorarbeiten für diese und gleichzeitig nebenher gehend, auch für die Anlage des Tiefwasserwegs von den Großen Seen nach New-York erledigt sein würden.

Weitere Bierläden in Saskatchewan

Frist von einem Monat für Petitionen.

Dr. W. W. Amos der Vorsitzende des „Saskatchewan Liquor Board", hat am Samstag die Ankündigung erlassen, nach der acht Regierungsläden für Bierverkauf unter dem neuen System nach Ablauf eines Monats errichtet werden sollen. Innerhalb dieser Zeit können von den Prohibitionisten Petitionen gegen die Errichtung von Bierläden eingereicht werden. Eine solche Petition muß aber von mindestens 15 Prozent der Munizipal-Wahlberechtigten des betreffenden Distrikts unterzeichnet sein. Liegt kein Einspruch vor, so wird der Laden in dem Distrikt eröffnet. Wo dagegen eine Petition mit der nötigen Zahl der Unterschriften zu Stande kommt, müssen die Wahlberechtigten durch Abstimmung über die Frage entscheiden.

Folgende Distrikte sind für die neuen Bierläden in Aussicht genommen:

Distrikt Estevan, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 4, 5 und sechs.

Distrikt Shaunavon: Scotsguard und Dollard, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 78, 79 und 108.

Distrikt Gull Lake, Tompkins und Pigott, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 109, 110 und 139 und aus dem Territorialverband 149.

Distrikt Melville, Saltcoats und Churchbridge, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 211, 213 und 214.

Distrikt Kamsack und Canora, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 271, 273 und 274.

Distrikt Humboldt, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 368, 369 und 370.

Distrikt Yonda, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 371, 372 und 373.

Distrikt Rosthern, bestehend aus den ländlichen Munizipalitäten 403, 404 und 463.

Sir Augustus Nanton gestorben.

Toronto. — Nach einer mehrmonatlichen Erkrankung ist einer der führenden Finanzmänner Canadas, Sir Augustus Nanton, Präsident der Dominion Bank of Canada, gestorben.

Er war lange Jahre eine hervorragende Persönlichkeit des canadischen Westens und stand hier namentlich auch mit der C. P. R. in enger Verbindung.

Sein an wirtschaftlichen Erfolgen und Arbeiten reiches Leben beschloß er im 64. Lebensjahre.

Sapiro gegen Ford.

Eine Million Dollars Schadenersatz verlangt.

Detroit, Mich. — Aaron Sapiro, der mit der ko-operativen Vermarktungsbewegung in sehr enger Verbindung steht, hat den Autokönig Henry Ford und die von ihm kontrollierte Dearborn Publishing Company auf $1,000,000 Schadenersatz verklagt, weil gewisse Artikel, die im „Dearborn Independent" veröffentlicht worden sind, ihn als Attorney beleidigten und ihn um verschiedene Gewinne und Entschädigungen gebracht haben.

Hindenburg deutscher Reichspräsident

Sein Wahlsieg am letzten Sonntag.

Das deutsche Volk hat gesprochen — und die Entente muß sich damit abfinden

Das deutsche Volk hat gesprochen. Aus allgemeiner und freier Wahl hat auf Grund der demokratischsten Verfassung der Welt Generalfeldmarschall von Hindenburg als Präsident der deutschen Republik hervorgegangen. Mag er auch ein hochbetagter Mann von 77 Jahren sein, der aus der Schule des militärischen Lebens hervorgegangen ist und seinem Kaiser und König in guten und schlimmen Tagen die Treue wahrte, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß er als ehrenwerter charakterfester Mann getreu seinen Wahlversprechungen sein hohes Amt mit der nötigen Unparteilichkeit, mit heißer Liebe zu seinem Volk und Vaterland, mit dem ehrlichen Streben nach Einigung aller Deutschen und mit friedliebender Gesinnung nach außen hin auf dem Boden der neuen demokratischen Verfassung verwalten wird. Wer daran zweifelt, kennt Hindenburg nicht, der nach der Revolution seine Truppen geordnet in die Heimat zurückführte und seine vaterländischen Dienste dem ersten Präsidenten der deutschen Republik, Friedrich Ebert, angeboten hat. Seitdem lebte er in ziemlicher Zurückgezogenheit, ohne sich in parteipolitische Streitfragen wie Luden. dorff einzumischen, bis er auf das starke Drängen des national-konservativen „Reichsblocks" hin sich wohl schweren Herzens zur Uebernahme der Kandidatur für die Reichspräsidentschaft entschloß. Der Sieg gehörte seiner Sache. — so wollte es der Wille des deutschen Volkes.

Kaum hatte der Draht die Meldung über die Welt verbreitet, da erhoben sich auch schon die Nörgler und Hetzer, die dem deutschen Volke und seinem Präsidenten monarchistische und militaristische Neigungen andichten möchten, obwohl Hindenburg sich ausdrücklich von Anfang an dagegen verwahrt hat, seine Kandidatur mit solchen Ideen in Verbindung zu bringen. Aber eines sei der alliierten Hetzpresse ins Stammbuch geschrieben. Man kann ein Volk von 60 Millionen wohl jahrelang vergewaltigen, demütigen und unterdrücken, aber eines Tages verlangen Millionen eines so geknechteten Volkes nach einem Manne, welcher der Sehnsucht nach nationaler Freiheit und neuer Größe symbolischen Ausdruck verleiht. Oder haben die Staatsmänner in Paris und London und Washington wirklich ihr Bestes und Bestes getan, um den nach der Revolution erwachten republikanischen und friedlichen Geist in Deutschland zu festigen? Haben sie nicht vielmehr eine republikanische Regierung nach der anderen zu Fall gebracht, weil sie immer wieder unmögliche und nicht selten sogar unehrende Forderungen an dieselben stellten? Die alliierten Herrschaften müssen heute, wenn noch ein Funkchen von Ehrlichkeit in ihnen steckt, schuldbewußt an ihre eigene Brust schlagen.

Wer darf sich ferner das Recht anmaßen, sich in die innerdeutschen Verhältnisse einzumischen? Ist nicht die demokratische und republikanische deutsche Verfassung, wie sie in Weimar zum Grundgesetz des neuen Staates erhoben wurde, gerade eines der „Hauptziele" gewesen, für welche die Alliierten vier Jahre lang angeblich gekämpft haben? Sie wollten doch die „Autokratien" zertrümmern und „die Welt für Demokratie reif machen." Nun wohl, das deutsche Volk hat sich nach demokratischer Verfassung seinen Präsidenten gewählt, den Generalfeldmarschall Paul von Beneckendorf und Hindenburg, wie sein voller Name lautet. Die Welt aber wird sich wohl oder übel damit abfinden müssen, mag es für manche unentwegte Hetzer auch eine bittere Pille sein.

Berlin, 27. April. Der gestrige Wahlsonntag in Deutschland verlief, abgesehen von einigen Zusammenstößen zwischen Nationalisten und Republikanern in einigen Großstädten, im allgemeinen ruhig. Nur in Karlsruhe wurden zwei Personen getötet und viele verwundet. Zu starken Störungen kam es auch in Ratibor in Schlesien, wo Hindenburg-Anhänger verhaftet werden mußten.

Das Wahlergebnis war folgendes:

Generalfeldmarschall von Hindenburg	14,649,339
Reichskanzler a. D. Wilh. Marx	13,752,640
Ernst Thaelmann (Kommunist)	1,931,591
Ungültige Stimmen	21,910

Hindenburg hat von den 30,345,940 abgegebenen Stimmen 48.3 % bekommen oder um 888,759 mehr als der republikanische Kandidat Wilh. Marx. Der neue Präsident wird nun vor dem deutschen Reichstag den Eid auf die republikanische Verfassung abzulegen haben und dann endgültig sein Amt antreten.

Herr von Hindenburg wurde im Jahre 1847 in Posen geboren und trat in jungen Jahren in den Heeresdienst, in dem er an dem Krieg zwischen Preußen und Oesterreich, sowie an dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 teilnahm. 1911 nahm er seinen Abschied, wurde aber bei Ausbruch des Weltkrieges wiederum um seine Mitarbeit ersucht. Durch die siegreiche Schlacht von Tannenberg und an den masurischen Seen, wo er den Russen eine furchtbare Niederlage beibrachte, wurde er zu einem Nationalhelden des deutschen Volkes. Später trat er in die oberste Heeresleitung ein. 1919 verließ er den aktiven Dienst, um in Hannover in Ruhe und Zurückgezogenheit zu leben.

Während die französische Presse es mit der Angst vor der deutschen „Rache" zu tun bekommt, beurteilt man in englischen Kreisen den Ausgang der deutschen Präsidentenwahl etwas vernünftiger. In London erwartet man keine neuen internationalen Verwicklungen aus dem Wahlergebnis u. glaubt, daß die deutsche Außenpolitik keine wesentliche Aenderung erfahrt. Der englische Kriegspremier Lloyd George erklärte sogar rundweg, Stimmung hineingetrieben, die das Ergebnis der nationalistischen Politik Poincarés sei. Er hält von Hindenburg für einen vernünftigen alten Mann, der keine überstürzten Schritte unternehmen werde.

Ueber die politischen Ansichtungen und Absichten Hindenburgs verbreiten am besten folgende Erklärungen, die er vor ausländischen Zeitungskorrespondenten abgegeben hat, grundliche Aufklärung:

„Sie dürfen von einem alten Soldaten nicht viele Worte erwarten. Ich wünsche einen ehrenhaften Frieden. Ich bin kein Militarist. Ich habe den Krieg in meiner Jugend und in vorgerücktem Alter mitgemacht. Ich kenne daher sein Elend und wünsche nie wieder einen Krieg zu erleben. Wer das Gegenteil behauptet, verleumdet mich. Ich bin nicht der Massenmörder, als den man mich schildert. Ich habe mein Vaterland verteidigt. Es ist eine wohlbekannte Tatsache, daß es im Kriege keine Garantie für die persönliche Sicherheit gibt."

(Fortsetzung auf Seite 4.)

Japanische Schiffskatastrophe vor Halifax

Dampfer „Raifuku Maru" mit [illegible] Mann untergegangen.

Halifax. — Bei einer Schiffskatastrophe, die sich 180 Meilen südöstlich von Halifax ereignete und den von Philadelphia nach Hamburg bestimmten japanischen Frachtdampfer „Raifuku Maru" zum Opfer forderte, hat die gesamte, aus 48 Offizieren und Matrosen bestehende Mannschaft ein Grab in den Wellen gefunden. Der Dampfer sank wenige Minuten vor dem Eintreffen des ihm auf drahtlose Hilferufe zum Beistand geeilten White Star Dampfers „Homeric", des auf der Weitfahrt nach Glasgow befindlichen Anchor-Cunard Dampfers „Tuscania" und zweier Hochsee-Schlepper von Halifax. Das Sinken des Dampfers — sein Funkentelegraphist harrte die letzten 8 Stunden auf seinem Posten wacker aus — wurde in folgenden Notrufen gemeldet:

5.10 morgens: „Schiff 39 Grad geneigt. Bitte rasch Hilfe."

6.50: „Schiff in schwerem Wetter. Steuerbord neigt sich 28 Grad. Rettungsboote zertrümmert. In Gefahr."

7.00: „Nun in Gefahr. Rettungsboot kommt von 60 Meilen." (Diese Botschaft war mutmaßlich bei der Uebertragung verstümmelt.)

9.00: „Jetzt sehr Gefahr. Kommen Sie rasch."

Von den dem Dampfer zu Hilfe geeilten Fahrzeugen ist das „Homeric" zuerst ein. Der Radio-Bericht ihres Kapitäns John Roberts lautete folgendermaßen:

„Bin heute 4.47 morgen östliche Normalzeit auf der Fahrt nach dem Dampfer „Raifuku Maru". Sichtete den Dampfer um 10.54. Dampfer sank um 11.55 im 41.43 Grad nördlicher Breite und 61.39 westlicher Länge. Bedaure, außer Stande gewesen zu sein, Leben zu retten. Setze die Fahrt um 12.03 nachmittag fort."

Diese kurze Meldung machte allem Zweifel über das Schicksal des Dampfers und jeder Hoffnung auf Rettung seiner Mannschaft, der man sich mehrere Stunden im Laufe des Vormittags hingegeben hatte, ein Ende.

Nach Empfang der letzten drahtlosen Botschaft: „Jetzt sehr Gefahr, kommt rasch!" rasten die Dampfer mit Aufbietung aller Geschwindigkeit dem sinkenden Japaner entgegen. Die „Homeric" fuhr mit Höchstgeschwindigkeit nach der in den Radiorufen angezeigten Richtung und sie selbst hatte mit schwerem Seegang und dem heulenden Sturm zu kämpfen. Sie befand sich, nachdem Kapt. Asefi seine Lage angegeben hatte, 70 Meilen von dem sinkenden Fahrzeug. Andere Dampfer in größerer Entfernung hatten die Signale ebenfalls aufgefangen, drehten bei und eilten dem sinkenden Dampfer zu Hilfe.

Der Japaner berichtete der „Homeric" ununterbrochen seine Lage. Die „Homeric" richtete die „Raifuku Maru", die sich stark auf die Seite gelegt hatte und die bis zum Deck unter Wasser stand, nach siebenstündiger Fahrt. Sie konnte nur noch sehen, daß der vom Sturm umtoste und von den Wellen wie ein Spielball hin- und hergeworfener Dampfer mit seiner ganzen Mannschaft ein Wellengrab fand. In der schweren See war es der Bemannung ein Ding der Unmöglichkeit, sich selbst nur für einige Minuten durch Schwimmen über Wasser zu halten. Von den zertrümmerten Rettungsbooten konnte sie keinen Gebrauch machen.

Von Schiff zu Land und von Land zu Schiff wurden die drahtlosen Signale gewechselt, alle nautischen Mittel wurden angewendet, um Hilfe herbeizubringen — und alles war vergebens, um die 48 Mann einem sichern Tode zu entreißen.

Es heißt, daß die aus Weizen bestehende Ladung des Japaners durch den Sturm sich verschoben hatte und daß das Schiff sich infolgedessen stark auf die Seite neigte, was seiner Fahrt in der hochgehenden See derartigen nachteilig wurde, daß die Schiffsplatten barsten und die Rettungsboote zertrümmert wurden.

Die „Raifuku Maru" war ein aus Stahl gebauter Dampfer von 5875 Tonnen, im Jahre 1913 in Kobe, Japan, erbaut, und befand sich zuletzt auf der Fahrt von Philadelphia über Boston nach Hamburg.

Der bulgarische Hexenkessel

Jugoslavien soll Sprengstoffe geliefert haben.

Widersprechende Gerüchte im Umlauf

Es ist eine reine Unmöglichkeit, sich aus den verschiedenen Meldungen, die über die Lage in Bulgarien hier einlaufen, ein klares Bild zu machen. Nur soviel scheint festzustehen, daß jenes Land, das im Weltkrieg Seite an Seite mit den Zentralmächten kämpfte, zu einem wahren Hexenkessel und zu einem Tummelplatz kommunistischer Leidenschaften geworden ist. Nicht nur die Rache verübaten bezen ernste Beunruhigung, weil die Anteckung ihrer unzufriedenen Elemente durch die bolschewistischen Giftkeime bei ihnen ähnliche schlimme Folgen wie in Bulgarien hervorrufen könnte, sondern auch in Paris und London wird man nervös und trifft sogar Vorbereitungen gegen vermutete kommunistische Attentate. Die „Sieger" des Weltkrieges zittern und beben vor den Früchten ihres „Sieges". Die gefährliche Situation auf dem Balkan hätte niemals entstehen können, wenn nicht die Alliierten das unterlegene Bulgarien, ebenso wie Deutschland und Oesterreich bis auf die letzte Kinderpistole entwaffnet hätten. Den Militarismus wollte man vernichten und den Bolschewismus hat man gezüchtet.

Es ist nur schade, daß aus den vorliegenden Mitteilungen und Gerüchten sich kein klares Urteil über die tatsächliche Lage bilden läßt. Nach einigen soll sogar der bulgarische König gefangengesetzt worden sein, nach anderen wiederum soll er sich größerer Beliebtheit als sonst bei seinem Volk erfreuen.

Wir lassen einige Meldungen folgen, die den Ernst der Situation in Südeuropa zu erkennen geben:

Rom, 25. April. — Nach einer Sofia-Depesche erklärte der bulgarische Minister des Innern, Rousseff, die Regierung könne nicht garantieren, daß keine weiteren Versuche zu Verbrechen gemacht werden. Denn terroristische Komitees in andern Ländern drohen mit Verbreitung weiterer Gewalttaten in Bulgarien.

Der Minister wiederholt, daß Sprengstoffe, die zu den Bombenverbrechen in der Kathedrale verwandt wurden, aus Jugoslavien gekommen sind. Der jugoslavische Gesandte in Sofia erhob gegen diese Beschuldigungen scharfen Protest. Sie wurden schon vorher von andern jugoslawischen Beamten bestritten. Nach der Depesche wird der serbische Gesandte vielleicht Sofia zum Protest gegen die Haltung der bulgarischen Regierung verlassen.

Wie die Depesche sagt, wird die Hinrichtung des Bauernführers Granciaroff amtlich in Abrede gestellt. Es heißt, er habe auf der serbischen Gesandtschaft Zuflucht gefunden. Offiziell wird ferner bestritten, daß die kommunistischen Führer Petrini und Friedmann hingerichtet worden sind.

Berlin, 25. April. — Der Rote Fahne, einem kommunistischen Blatt, zufolge schloß die Regierung die Universität in Sofia, weil eine große Zahl der Studenten mit den Revolutionären sympathisiert.

In allen Europäischen Hauptstädten werden die Schutzvorkehrungen gegen den Kommunismus verschärft. Berichte aus Sofia, wonach die bulgarische Regierung gegen den Aufstand an Stärke gewinnt, haben die Besorgnisse nur zum Teil behoben. In roten Stützpunkten in Sofia, Varna und Burgas wurden Sprengstoffe entdeckt, in Plevna brannten Kommunisten historische Gebäude nieder. Die französische Regierung trifft Maßnahmen gegen mögliche Unruhen am Maitag. In der Deputiertenkammer wurde das Bestehen einer Liste Streitmacht, in Hundertschaften von je 100 Mann eingeteilt, enthüllt.

Wien, 27. April. — Eine Anzahl bulgarische Studenten in Graz, Anhänger der Sofia-Regierung, drangen mit Gewalt in ein Hotelzimmer ein, in welchem eine Versammlung von bulgarischen kommunistischen Studenten abgehalten wurde. Es kam zu einem blutigen Kampfe.

Die Polizei, die schließlich herbeigerufen wurde, fand viele der Studenten so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung in das Hospital nötig war. Zu beiden feindlichen Gruppen wären unbewaffnet, jedoch zeugten zerbrochene Teller, Gläser, Stühle und selbst Fensterrahmen für die Heftigkeit des Kampfes.

Bulgarien darf seine Armee um 7000 Mann verstärken.

Paris, 27. April. — Der Botschafterrat hat die bulgarische Regierung bevollmächtigt, ihre Armee um 7000 Mann zu verstärken. Diese Erlaubnis gilt jedoch nur bis Ende Mai zum Zwecke der Unterdrückung der gegenwärtigen Unruhen.

Allianz zwischen Griechen und Serben.

Berlin, 27. April. — Laut einer Depesche aus Athen ist ein Agent der griechischen Regierung nach Belgrad unterwegs, um Verhandlungen über ein Bündnis zwischen Griechenland und Jugoslavien zu erneuern. Der griechische Ministerpräsident soll gesagt haben, seine Regierung werde sich nur dann in die bulgarische Lage einmengen, wenn die griechischen Grenzen bedroht werden. Er glaubt aber, daß eine vergrößerte bulgarische Armee Beunruhigung beim griechischen Volke hervorruft. Das Volk erblickt darin ein Gefahr für die bestehenden Zustände auf dem Balkan.

Herriot nun französischer Kammerpräsident

Paris, 27. April. — Der frühere Premier Edouard Herriot wurde als Präsident der Abgeordnetenkammer erwählt. Es waren zwei Abstimmungen notwendig, da Herriot in der ersten Abstimmung 13 Stimmen zu der erforderlichen Mehrheit fehlten. Im zweiten Wahlgang wurde Herriot jedoch einstimmig erwählt. Herriot selbst gab die Stimme gegen sich ab.

Im zweiten Wahlgang kam es zu einem Faustkampf zwischen Sozialisten und dem nationalen Abgeordneten Balanant. Die Sitzung mußte unterbrochen werden, bis die Unruhe beigelegt war.

Krupp-Werke planen große Organisation

Essen, 27. April. — Eine Reorganisation der verschiedenen Gesellschaften im Betriebe der Krupp Industrien wird geplant, doch werden die Stahlwerke und die Maschinenbau-Abteilungen durch die beabsichtigten Aenderungen nicht berührt werden. Eine Konferenz aller Direktorenräte wird hier auf einer Generalversammlung stattfinden, um über die Einzelheiten der Reorganisation schlüssig zu werden.

Dem Vernehmen nach ist eine allgemeine Sparsamkeits-Politik geplant und die Ausschaltung aller unrentablen Werke soll angeordnet werden. Seit dem Kriege sind etliche Betriebszweige aus „sozialen und politischen Gründen" — das heißt zum Zwecke der Beschaffung von Erwerbsgelegenheit für die Arbeiter und zur Verhütung von Unrast, weiter fortgeführt worden.

Bekanntmachung

über den Aufruf und die Einziehung der Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt.

Auf Grund des § 3 des Bankgesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzblatt Teil 2, S. 235) rufen wir alle Reichsbanknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt, soweit sie nicht bereits aufgerufen sind, hiermit zur Einziehung auf.

Mit dem Ablauf des 5. Juni 1924 verlieren die aufgerufenen Noten ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel.

Die Besitzer dieser Noten können sie noch bis zum 5. Juli 1925 bei allen Kassen der Reichsbank in Zahlung geben, oder in dem gemäß § 3, Abs. 3 des Bankgesetzes vorgeschriebenen Verhältnis, wonach eine Billion Mark durch eine Reichsmark zu ersetzen ist, gegen gesetzliche Zahlungsmittel umtauschen. Mit diesem Zeitpunkte werden die aufgerufenen Banknoten kraftlos, und es erlischt damit auch die Einlösungspflicht der Reichsbank.

Noten in Abschnitten unter 10 Milliarden Mark sollen nur in Gebinden und in einem durch 10 Milliarden teilbaren Betrage eingereicht werden. Die Gebinde sollen nach den im Geldverkehr üblichen Gebräuchen formiert und gepackt sein.

Berlin, den 5. März 1925.

Reichsbank-Direktorium.
Dr. Hjalmar Schacht.
Kaufmann.

— Viele unserer Fehler sehen und rechnen wir erst, wenn wir einen geliebten Menschen damit unglücklich gemacht haben.